

Anlage 1
**Der Hospital
zum Heiligen Geist
in Biberach**



**Rechenschaftsbericht
zur Jahresrechnung
2007**

Inhaltsübersicht

1. Allgemeines	3
2. Verwaltungshaushalt	3
2.1 Ergebnis der Jahresrechnung	3
2.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht	4
2.3 Ergebnisanalyse Verwaltungshaushalt	6
2.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	7
2.5 Haushalts- und Kassenreste	7
3. Vermögenshaushalt	8
3.1 Ergebnis der Jahresrechnung	8
3.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht	8
3.3 Ergebnisanalyse des Vermögenshaushalts	9
3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	9
3.5 Haushalts- und Kassenreste	10
4. Vermögensübersicht	11
4.1 Allgemeine Rücklage	11
4.2 Darlehen	11
4.3 Geldanlagen - allgemein	11
4.4 Geldanlagen - Vermögensverwaltung	12
4.5 Beteiligungen	13
5. Kassenmäßiger Abschluss und Gesamtabschluss	14
6. Risikobetrachtung	15
6.1 Originäre Stiftungsaufgaben	15
6.2 Vermögensverwaltung	15
7. Schlussbetrachtung	16

Anlagen: Anlage 1: Aufstellung über die Haushaltsreste

 Anlage 2: Aufstellung über die Kasseneinnahmereste

1. Allgemeines

Gemäß § 95 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung (GemO) und § 39 Abs. 2 Ziff. 3 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Dargestellt werden gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen von den Haushaltsansätzen. Außerdem soll der Rechenschaftsbericht einen Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben.

Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Jahres 2007 bildet die am 05.03.2007 beschlossene Haushaltssatzung. Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen als Rechtsaufsichtsbehörde am 13.04.2007 bestätigt.

Die Buchhaltung des Hospitals wird seit Beginn des Haushaltsjahres 1978 nach dem landeseinheitlichen Verfahren "Kommunales Finanzwesen" geführt. Die Buchführung erfolgt über den Zweckverband "Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen - Ulm". Die ordnungsgemäße Verarbeitung bzw. der Einsatz geprüfter Verfahren wurde vom Rechenzentrum noch nicht bestätigt. Erfahrungsgemäß wird die Bescheinigung Anfang Juni des Folgejahres ausgestellt.

Seit dem Jahr 2001 sind die Einnahmen und Ausgaben des Bürgerheims in der kameralen Jahresrechnung nicht mehr enthalten. Diese wurden aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes und der Pflegebuchführungsverordnung in einer separaten Rechnung in Anlehnung an das Eigenbetriebsrecht entsprechend kaufmännisch dargestellt. Rückwirkend ab dem Jahr 2005 wurde das Bürgerheim in Form einer gGmbH verselbstständigt.

Die Jahresrechnung 2007 wurde am 30.04.2008 wie folgt abgeschlossen:

	Haushaltsplan Euro	Rechnungsergebnis Euro	Abweichungen Euro
Verwaltungshaushalt	5.889.550,00	6.562.804,50	673.254,50
Vermögenshaushalt	2.933.100,00	5.068.155,87	2.135.055,87
Gesamt	8.822.650,00	11.630.960,37	2.808.310,37

2. Verwaltungshaushalt

2.1 Ergebnis der Jahresrechnung

	Einnahmen Euro	Ausgaben ohne Zuführung Euro	Zuführung zum Vermögenshaushalt Euro
Haushaltsplan 2007	5.889.550,00	4.104.550,00	1.785.000,00
Ergebnis 2007	6.562.804,50	3.935.993,32	2.626.811,18
Abweichungen	673.254,50	-168.556,68	841.811,18

Das Ergebnis des Verwaltungshaushalts, die Zuführung an den Vermögenshaushalt, ergibt im Jahr 2007 mit 2.626.811,18 € ein um 841.811,18 € besseres Ergebnis gegenüber der Planung. Die Ge-

samtzuführung an den Vermögenshaushalt entspricht damit einem Anteil von 40,03 % vom Volumen des Verwaltungshaushalts (Vorjahr: 35,24 %) und ist damit um 9,72 % höher als der geplante Anteil (30,31 %).

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt muss gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 GemHVO mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung der Kredite gedeckt werden können. Im Jahr 2007 betrugen diese Ausgaben 78.982,20 €. Die Zuführungsrate liegt damit deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbetrag.

Die nachfolgende Auswertung der Gruppierungsübersicht soll die Ursachen der Planabweichungen und damit die Verbesserung des Ergebnisses aufzeigen.

2.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht

Einnahmen Verwaltungshaushalt		Plan 2007	Ergebnis 2007	Vergleich +/-	
		Euro	Euro	Euro	%
10,11,12	Gebühren und ähnliche Entgelte	158.000,00	167.723,80	29.723,80	2,86
13,14,15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten	3.208.320,00	3.657.810,70	449.490,70	55,74
16	Erstattungen				
162	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	12.780,00	12.782,30	2,30	0,19
168	von übrigen Bereichen	128.300,00	70.599,89	-57.700,11	1,08
17	Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke				
171	vom Land	65.900,00	70.920,56	5.020,56	1,08
172	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	84.005,00	84.005,00	1,28
1	Summe Hauptgruppe 1	3.573.300,00	4.083.842,25	510.542,25	62,23
20	Zinsinnahmen				
205-207	von unternehmerischen und übrigen Bereichen	524.550,00	731.290,11	206.740,11	11,14
26	weitere Finanzinnahmen	17.200,00	39.310,28	22.110,28	0,60
27	Kalkulatorische Einnahmen	1.774.500,00	1.708.361,86	-66.138,14	26,03
2	Summe Hauptgruppe 2	2.316.250,00	2.478.962,25	162.712,25	37,77
0-2	Einnahmen Verwaltungshaushalt	5.889.550,00	6.562.804,50	673.254,50	100,00

Ausgaben Verwaltungshaushalt		Plan 2007	Ergebnis 2007	Vergleich +/-	
		Euro	Euro	Euro	%
40	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	23.000,00	18.190,08	-4.809,92	0,28
41	Besoldung, Entgelte	652.505,00	579.923,45	-72.581,55	8,84
42-43	Versorgung	46.470,00	52.844,22	6.374,22	0,81
44	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	133.380,00	117.434,38	-15.945,62	1,79
45	Beihilfen und Unterstützungen	200,00	8.233,05	8.033,05	0,09
46	Personalaufwandsausgaben	3.680,00	16.924,69	13.244,69	0,26
4	Summe Hauptgruppe 4	859.235,00	791.549,87	-67.685,13	12,06
50-51	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	146.000,00	153.000,46	5.000,46	2,33
52	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	28.200,00	36.036,65	7.836,65	0,55
53	Mieten und Pachten	6.360,00	4.801,28	-1.558,72	0,07
54	Bewirtschaftungskosten	213.150,00	191.020,64	-22.129,36	2,91
55	Halftung von Fahrzeugen	8.500,00	10.187,68	1.687,68	0,16
56	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	4.250,00	1.718,25	-2.531,75	0,03
57-63	Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	215.600,00	188.388,52	-27.211,48	2,87
64-66	Steuern, Geschäftsausgaben u. a.	62.330,00	55.693,86	-6.636,14	0,85
67	Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand				
672	an Gemeinden und Gemeindeverbänden	285.000,00	224.623,18	-70.376,82	3,42
679	Innere Verrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00
68	Kalkulatorische Kosten	1.774.500,00	1.708.361,86	-66.138,14	26,03
5/6	Summe Hauptgruppe 5/6	2.755.890,00	2.573.832,38	-182.057,62	39,22

70	Zuschüsse für lfd. Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	19.130,00	19.251,56	121,56	0,29
71	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke				
712	an Gemeinden und Gemeindeverbände	116.400,00	157.009,08	40.609,08	2,39
714	an sonstigen öffentlichen Bereich	1.350,00	1.022,54	-327,46	0,02
715	an kommunale Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00
718	an übrige Bereiche	3.560,00	3.556,00	-4,00	0,05
73-79	Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	53.450,00	21.448,33	-32.001,67	0,33
7	Summe Hauptgruppe 7	193.890,00	202.207,51	8.397,51	3,08
80	Zinsausgaben				
800	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	300,00	261,68	-38,32	0,00
801	an Land	2.300,00	2.279,93	-20,07	0,03
802	an Gemeinden und Gemeindeverbände	250,00	207,59	-42,41	0,00
803	an Zweckverbände u. dgl.	6.085,00	14.084,36	7.999,36	0,21
808	an Kreditmarkt	47.600,00	27.555,15	-20.044,85	0,42
84	Weitere Finanzausgaben	209.000,00	323.934,05	114.934,05	4,94
85	Deckungsreserve	30.000,00	0,00	-30.000,00	0,00
86	Zuführung zum Vermögenshaushalt	1.785.000,00	2.626.811,18	841.811,18	40,03
8	Summe Hauptgruppe 8	2.080.535,00	2.995.134,74	914.599,74	45,64
4-8	Ausgaben Verwaltungshaushalt	5.889.550,00	6.562.804,50	673.254,50	100,00

Abschluss der Sammelnachweise

Gemäß § 8 GemHVO können Einnahmen und Ausgaben, die jeweils zur gleichen Gruppe gehören oder sachlich eng zusammenhängen, in Sammelnachweisen veranschlagt werden. Die Ausgaben in den einzelnen Sammelnachweisen sind gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 GemHVO kraft Gesetzes gegenseitig deckungsfähig.

Bezeichnung	Plan 2007 Euro	Ergebnis 2007 Euro	Vergleich Euro
1. Personalausgaben (SN 400)	859.235,00	791.549,87	-67.685,13

Beim Forstbetrieb kam es zu Personalkosteneinsparungen in Höhe von 46.055,17 €, da aufgrund der winterlichen Arbeitsunterbrechung rund 660 Arbeitsstunden ausgefallen sind und der Anteil der Stücklohnstunden niedriger war als erwartet.

Außerdem reduzierten sich die Personalkosten der Kinderkrippe gegenüber der Planung um 20.841,89 €. Demgegenüber stehen jedoch Mehrausgaben bei den Personalkosten für die Altenhilfefachberatung in Höhe von 8.277,14 €.

Rückstellungen für Altersteilzeit mussten nicht gebildet werden, weil beim Hospital derzeit keine Vereinbarung zur Altersteilzeit vorliegt. Da der Hospital keine Beamte beschäftigt, entfällt die Bildung von Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ebenfalls.

Bezeichnung	Plan 2007 Euro	Ergebnis 2007 Euro	Vergleich Euro
2. Bewirtschaftungskosten (SN 540)			
- Reinigungsmittel (541)	4.550,00	2.195,36	-2.354,64
- Fremdreinigung (542)	24.000,00	20.074,70	-3.925,30
- Winterdienst (5421)	1.600,00	2.190,92	590,92
- Steuern und Abgaben (543)	64.700,00	59.364,64	-5.335,36
- Wasser/Abwasser (5440)	28.200,00	32.463,24	4.263,24
- Heizung (5441)	80.300,00	67.169,95	-13.130,05
- Strom (5442)	9.800,00	7.561,83	-2.238,17
	213.150,00	191.020,64	-22.129,36

Bei den Ausgaben für Reinigungsmittel und Fremdreinigung waren geringere Ausgaben zu verzeichnen. Die Kosten für Wasser und Abwasser liegen über dem Planansatz und waren gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres zu niedrig angesetzt. Infolge des milden Winters und der vorsichtig kalkulierten Gaspreise konnten die geplanten Heizkosten deutlich unterschritten werden.

Insgesamt liegen die Bewirtschaftungskosten damit im Jahr 2007 rund 10,4 % unter dem Planansatz.

2.3 Ergebnisanalyse Verwaltungshaushalt

Das Rechnungsergebnis 2007 weist gegenüber den Planzahlen auf der Einnahmenseite per Saldo Mehreinnahmen mit 673.254,50 € und auf der Ausgabenseite Wenigerausgaben in Höhe von 168.556,68 € aus. Zusammengefasst ergibt dies dann eine um 841.811,18 € höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt als geplant.

Bei den Holzerlösen sind bedingt durch die gestiegenen Holzpreise Mehreinnahmen in Höhe von 346.718,38 € zu verzeichnen.

Bei den Zinseinnahmen sind Mehreinnahmen von 206.740,11 € entstanden, die im Wesentlichen auf in dieser Höhe nicht geplante Zinsen aus der Einheitskassenabrechnung und auf ordentliche Erträge aus dem Vermögensverwaltungsvertrag zurückzuführen sind.

Weitere Mehreinnahmen in Höhe von 68.069,64 € sind bei den Mieteinnahmen des Allgemeinen Grundvermögens zu verzeichnen. Diese Erhöhung ist insbesondere auf die gegenüber der Planung deutlich höheren Betriebskostenvorauszahlungen zurückzuführen.

Aufgrund der vorzeitigen Inbetriebnahme der 5. Gruppe in der Krippekrippe zum 01.09.2007 und der ganzjährig guten Auslastung konnten gegenüber der Planung um 29.723,80 € höhere Elternbeiträge vereinnahmt werden.

Bei den Erstattungen der Firma Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG und der Energie Baden-Württemberg AG für den Betrieb der Kinderkrippe sind im Verwaltungshaushalt Wenigereinnahmen in Höhe von 57.700,11 € zu verzeichnen. Aufgrund des geringeren Abmangels bei der Kinderkrippe, einerseits bedingt durch die höheren Elternbeiträge und geringeren Personalkosten und andererseits durch die von den Wohnsitzgemeinden rückwirkend für das Jahr 2006 geforderten Kostenersatzungen für Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet in Höhe von 84.005,00 €, reduziert sich der Betriebskostenzuschuss der Kooperationspartner entsprechend.

Bedeutende Mehrausgaben in Höhe von 841.811,18 € sind durch die höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt entstanden.

Beim Forstbetrieb sind Mehrausgaben in Höhe von 109.044,55 € für die Weiterreichung des Anteils der Stadt am Reinertrag entstanden. Ursache für den höheren Reinertrag sind wie in den Vorjahren die deutlich höheren Holzerlöse und die Einsparungen bei den Personalkosten.

Daneben konnten bei den Personalausgaben wie bereits dargestellt deutliche Wenigerausgaben in Höhe von 67.685,13 € erreicht werden.

Der Kostenanteil am städtischen Forstamt fiel aufgrund der höheren Ersätze für die Privatwaldbetreuung sowie der Einsparung bei den Personalkosten im städtischen Haushalt um 70.376,82 € geringer aus als geplant.

Die kalkulatorischen Ausgaben liegen mit 66.138,14 € unter dem Planansatz, dem stehen jedoch entsprechende Wenigereinnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Einzelne Anlagegüter sind zwischenzeitlich vollständig abgeschrieben und verursachen deshalb keinen Aufwand mehr.

Bedingt durch die Neufestlegung der Vereinbarung über Verwaltungsleistungen der Stadt Biberach für den Hospital im Dezember 2007 fallen bei der Stiftung Mehrausgaben in Höhe von 40.609,08 € gegenüber der Planung an.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt erreicht mit 2.626.811,18 € einen Anteil von 40,03 % der Ausgaben des Verwaltungshaushalts (Vorjahr: 35,24 %; Vorvorjahr: 17,05 %). Die Nettoinvestitionsrate, d. h. die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt abzüglich der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten, beträgt 2.547.828,98 € (Vorjahr: 2.246.051,85 €, Vorvorjahr: 991.540,72 €).

2.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

An Über- und außerplanmäßigen Ausgaben fielen im Jahr 2007 insgesamt 969.774,18 € (Vorjahr: 1.156.535,12 €) an. Davon waren 127.963,00 € im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt.

Die restlichen 841.811,18 € über- und außerplanmäßigen Ausgaben entfielen in voller Höhe auf die Zuführung zum Vermögenshaushalt und werden mit den Jahresabschlussbeurkundungen im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses nachträglich genehmigt. Sie sind im Rahmen des Gesamtergebnisses gedeckt.

2.5 Haushalts- und Kassenreste

Haushaltseinnahmereste dürfen im Verwaltungshaushalt nicht gebildet werden.

Haushaltsausgaberrreste wurden in Höhe von 9.788,84 € gebildet (Vorjahr: 30.000 €). Hierbei handelt es sich um Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Kinderkrippe sowie um Mittel für die Aufbereitung der Kleingartenanlage an der Bergerhauser Straße.

Kasseneinnahmereste bestehen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 102.314,05 € (Vorjahr: 394.627,31 €), davon entfallen allein 52.115,90 € auf Mieten des Allgemeinen Grundvermögens und 31.110,00 € auf die für das Jahr 2006 rückwirkend erhobenen Kostenerstattungen von Gemeinden für die Inanspruchnahme der Kinderkrippe. Die weiteren Kasseneinnahmereste sind abgrenzungstechnisch bedingt.

Kassenausgaberrreste bestehen in Höhe von 126.903,68 € (Vorjahr: 242.794,48 €). Sie sind neben dem Anteil der Stadt am Reinertrag des gemeinschaftlichen Forstbetriebes überwiegend bei den Bewirtschaftungskosten angefallen und abgrenzungstechnisch bedingt.

3. Vermögenshaushalt

3.1 Ergebnis der Jahresrechnung

	Einnahmen	Ausgaben ohne Rücklagenzuführung	Rücklagen- zuführung
	Euro	Euro	Euro
Haushaltsplan 2007	2.933.100,00	2.933.100,00	0,00
Ergebnis 2007	5.068.155,87	81.440,17	4.986.715,70
Abweichungen	2.135.055,87	-2.851.659,83	4.986.715,70

Kreditaufnahmen waren keine geplant. Aufgrund der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt und den deutlichen Mehreinnahmen im Vermögenshaushalt konnte das Ergebnis des Vermögenshaushalts verbessert werden.

Die für das Jahr 2007 eingeplante Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage erfolgte planmäßig in Höhe von 1.075.000,00 €. Gleichzeitig konnte aufgrund der guten Entwicklung noch eine Rücklagenzuführung in Höhe von 4.986.715,70 € erreicht werden. Netto betrachtet ergibt dies für das Jahr 2007 insgesamt eine Zuführung zur Allgemeinen Rücklage in Höhe von 3.911.715,70 € (Vorjahr: 1.551.013,26 €).

Die nachfolgende Auswertung der Gruppierungsübersicht soll die Ursachen der Planabweichungen und damit die Verbesserung des Ergebnisses aufzeigen.

3.2 Auswertung der Gruppierungsübersicht

Einnahmen Vermögenshaushalt		Plan 2007	Ergebnis 2007	Vergleich +/- Euro	%
		Euro	Euro		
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	1.785.000,00	2.626.811,18	841.811,18	51,83
31	Entnahme aus Rücklagen	1.075.000,00	1.075.000,00	0,00	21,21
32	Rückflüsse von Darlehen				
325-327	von übrigen Bereichen	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitalanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	40.000,00	1.332.089,00	1.292.089,00	26,28
36	Zuweisungen und Zuschüsse				
361-363	vom Land, Gemeinden, GV	0,00	0,00	0,00	0,00
365-367	von anderen Bereichen	33.100,00	34.265,69	1.155,69	0,68
368	Rückzahlungen Dritter	0,00	0,00	0,00	0,00
37	Einnahmen aus Krediten				
370,371	vom Bund, Land	0,00	0,00	0,00	0,00
372,373	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00
374,377	vom sonstigen Bereich, Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00
378	Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Einnahmen Vermögenshaushalt	2.933.100,00	5.068.155,87	2.135.055,87	100,00

Ausgaben Vermögenshaushalt		Plan 2007	Ergebnis 2007	Vorgleich +/- Euro	%
		Euro	Euro		
91	Zuführungen an Rücklagen	0,00	4.986.715,70	4.986.715,70	98,39
93	Vermögenserwerb				
930	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
932,933	Erwerb von Grundstücken	131.000,00	52.243,96	-78.756,04	1,03
935,936	Erwerb von beweglichen Sachen	34.000,00	25.796,22	-8.203,78	0,51
94-96	Baumaßnahmen	2.689.000,00	-75.582,21	-2.764.582,21	-1,49
97	Tilgung von Krediten u. inneren Darlehen				
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	1.100,00	1.072,80	-27,20	0,02
971	an Land	13.200,00	13.159,81	-40,19	0,26
972	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.150,00	1.145,30	-4,70	0,02
977	an Kreditmarkt	63.650,00	63.604,29	-45,71	1,25
978	Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00
98	Investitionszuweisungen u. -zuschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Ausgaben Vermögenshaushalt	2.833.100,00	5.068.155,87	2.135.055,87	100,00

3.3 Ergebnisanalyse des Vermögenshaushalts

Das Rechnungsergebnis weist gegenüber den Planzahlen auf der Einnahmenseite - ohne Berücksichtigung der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt - per Saldo ein Plus von 1.293.244,69 € und auf der Ausgabenseite ohne die höhere Rücklagenzuführung Wenigerausgaben in Höhe von 2.851.659,83 € aus.

Das bessere Ergebnis des Verwaltungshaushalts wirkt sich über die mit 841.811,18 € höhere Zuführung auch auf den Vermögenshaushalt aus und kann in voller Höhe der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die Allgemeine Rücklage erhöht sich zum 31.12.2007 auf 19.813.793,32 €.

Aufgrund mehrerer Grundstücksveräußerungen, insbesondere eines größeren Flurstücks in den Wasserwiesen, beliefen sich die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Jahr 2007 auf insgesamt 1.332.089,00 € und führen damit zu einer Mehreinnahme in Höhe von 1.292.089,00 €. Die weiteren Einnahmen im Vermögenshaushalt haben weitgehend der Planung entsprochen.

Bedeutende Mehrausgaben in Höhe von 4.986.715,70 € sind durch die höhere Rücklagenzuführung entstanden.

Der Ansatz für Baumaßnahmen wurde insgesamt um 2.764.582,21 € unterschritten. Die deutlichen Wenigerausgaben sind im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die für den Neubau des Pflegeheims veranschlagten Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € noch nicht in Anspruch genommen wurden und nur ein geringer Teil der Mittel in das Folgejahr übertragen wurde. Die weiteren erforderlichen Mittel für diese Baumaßnahme werden zu gegebener Zeit neu im Haushalt veranschlagt. Des Weiteren wurde die Erneuerung der Heizungsanlage auf dem Bürgerheimareal noch nicht realisiert und der bestehende Haushaltsrest für die Gesamtkonzeption des Bürgerheimareals aufgelöst.

Beim Erwerb von Grundstücken sind insgesamt geringere Ausgaben in Höhe von 78.756,04 € angefallen.

3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

An über- und außerplanmäßigen Ausgaben flossen im Jahr 2007 insgesamt 4.989.561,70 € an (Vorjahr: 1.565.518,75 €). Davon waren 2.846,00 € im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt.

Die restlichen 4.986.715,70 € an über- und außerplanmäßigen Ausgaben entfielen in voller Höhe auf die Zuführung zur Allgemeinen Rücklage und werden mit den Jahresabschlussbeurkundungen im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses nachträglich genehmigt. Sie sind im Rahmen des Gesamtergebnisses gedeckt.

3.5 Haushalts- und Kassenreste

Haushaltseinnahmereste wurden wie im Vorjahr keine gebildet.

Haushaltsausgabereste wurden in Höhe von 1.404.645,04 € (Vorjahr: 1.481.157,74 €) gebildet. Bedeutende Haushaltsausgabereste wurden für den Neubau des Pflegeheims mit 770.521,20 € und die Zuführung von Stammkapital an die Bürgerheim Biberach gGmbH mit 478.246,39 € sowie für die Erweiterung der Kinderkrippe mit 76.427,33 € und die Sanierung des Roten Baus mit 50.000,00 € gebildet. Des Weiteren bestehen Haushaltsausgabereste für den Grundstückserwerb beim Wald mit 25.000,00 € sowie für bewegliches Anlagevermögen bei der Kinderkrippe und beim Ochsenhauser Hof.

Kasseneinnahmereste bestehen im Vermögenshaushalt wie im Vorjahr keine.

Kassenausgabereste bestehen im Vermögenshaushalt mit einem Betrag von 1.143,92 € (Vorjahr: 62.433,47 €).

4. Vermögensübersicht

4.1 Allgemeine Rücklage

Stand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.2007	15.902.077,62 €
Entnahme gemäß Haushaltsplan 2007	1.075.000,00 €
Zuführung (Überschuss gem. § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO)	<u>4.986.715,70 €</u>
Stand Allgemeine Rücklage zum 31.12.2007	19.813.793,32 €

Gemäß § 20 Abs. 2 GemHVO soll der Mindestbestand der Allgemeinen Rücklage 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre betragen.

Ergebnis 2004	5.527.469,02 €	
Ergebnis 2005	6.238.505,64 €	
Ergebnis 2006	<u>6.588.417,94 €</u>	
Jahresdurchschnitt	18.354.392,80 €	: 3 = 6.118.130,87 €
hieraus 2 %		122.362,62 €

Der Mindestbetrag wird damit um 19.691.430,70 € überschritten.

4.2 Darlehen

Schuldenstand zum 01.01.2007	1.084.795,78 €
Neuaufnahmen	0,00 €
J. ordentliche Tilgung 2007	<u>78.982,20 €</u>
Schuldenstand zum 31.12.2007	1.005.813,58 €

Die Darlehen schlüsseln sich wie folgt auf:

Darlehen vom Bund	51.529,50 €
Darlehen vom Land	446.114,28 €
Darlehen von der Stadt Biberach	40.857,90 €
Darlehen vom Kreditmarkt	<u>467.511,90 €</u>
	1.005.813,58 €

Die Schulden sind aufgrund des hohen Rücklagenbestandes unbeachtlich. Im Jahr 2007 fielen für die Darlehen Zinsen in Höhe von 30.304,35 € an. Das entspricht einem durchschnittlichen Zinssatz von rd. 2,79 %.

4.3 Geldanlagen - allgemein

Stand zum 01.01.2007	12.100.000,00 €
Zugang	7.300.000,00 €
Abgang	<u>7.300.000,00 €</u>
Stand zum 31.12.2007	12.100.000,00 €

Zum 31.12.2007 ergibt sich folgender Wertpapierbestand:

Bank	Fälligkeit	Zinssatz	Nominalwert
Volksbank Biberach	08.07.2008	3,82 %	2.200.000,00 €
Deutsche Kreditbank AG	29.05.2008	4,44 %	2.500.000,00 €
Volksbank Biberach	17.11.2011	mind. 2,00 %	1.000.000,00 €
Volksbank Biberach	08.09.2009	3,99 %	3.300.000,00 €
Volksbank Biberach	14.02.2008	3,00 %	1.600.000,00 €
Volksbank Biberach	13.11.2008	3,99 %	1.500.000,00 €
Gesamtsumme			12.100.000,00 €

Der gewichtete durchschnittliche Zinssatz der Wertpapiere betrug im Jahr 2007 rund 3,60 % (Vorjahr: 3,26 %).

4.4 Geldanlagen - Vermögensverwaltung

Der Gemeinderat als oberstes Stiftungsorgan hat am 26. März 2001 beschlossen, dass der Hospital zum Heiligen Geist in Biberach im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrages mit der Kreissparkasse Biberach bis zu 25 % der Allgemeinen Rücklage, vorerst 3.067.751,29 € (urspr. 6 Mio. DM), in Aktien, Aktienfonds und festverzinslichen Wertpapieren anlegt. Ein entsprechender Vermögensverwaltungsvertrag wurde am 26. April 2001 geschlossen.

Bei der Anlage ist auf eine möglichst risikoarme Anlagestrategie zu achten. Bis 31.07.2006 durften in Aktien höchstens 30 % des Anlagekapitals und in Aktien- und Immobilienfonds ebenfalls höchstens 30 % des Anlagekapitals angelegt werden. Das restliche Kapital war in festverzinslichen Wertpapieren und Liquidität anzulegen.

Mit Wirkung zum 01.08.2006 wurde das Anlagekapital auf 3.400.000 € und die bisherige Anlagestrategie zugunsten einer höheren Sicherheit verändert. Der Anteil der risikobehafteten Anlagen (z. B. Aktien und Aktienfonds) ist nun auf maximal 30 % begrenzt und mindestens 70 % sind in festverzinsliche Wertpapiere und Liquidität anzulegen. Des Weiteren wurde eine Kapitalgarantie von 90 % des ursprünglichen Anlagebetrages vereinbart.

Stand zum 01.01.2007	3.449.793,13 €
Zugang (Zinserträge, Kurserfolge)	134.976,34 €
Abgang (Kursverluste, Gebühren)	<u>13.782,95 €</u>
Stand zum 31.12.2007 (Zeitwert)	3.570.986,52 €

Insgesamt betrachtet, ergibt sich für das Jahr 2007 ein Überschuss in Höhe von 121.193,39 € (Vorjahr: 59.351,61 €). Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Transaktionskosten/Vermögensverwaltungsgebühr	-13.782,95 €
Zinserträge	8.313,33 €
Realisierter Kurserfolg	15.142,61 €
Unrealisierter Kurserfolg	<u>111.520,40 €</u>
Summe Überschuss	121.193,39 €

Der Hospitalrat wird regelmäßig über die Entwicklung des Vermögensverwaltungsvertrages informiert.

Die durchschnittliche Verzinsung des Anlagebetrags im Vermögensverwaltungsvertrag betrug bei einer isolierten Betrachtung für das Jahr 2007 rund 3,5 % und bewegte sich in diesem Zeitraum fast auf dem Niveau der Zinssätze für festverzinsliche Geldanlagen.

4.5 Beteiligungen

Stand zum 01.01.2007	501.025,00 €
Zugang	0,00 €
Abgang	<u>0,00 €</u>
Stand zum 31.12.2007	501.025,00 €

Die Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand 31.12.2007	Stand 31.12.2008
Stammkapital Bürgerheim Biberach gGmbH	500.000,00 €	500.000,00 €
Einlage Holzhof Oberschwaben eG	1.025,00 €	1.025,00 €

Der Hospital ist rückwirkend zum 01.01.2005 mit einem Stammkapital von 500.000 € unmittelbar an der Bürgerheim Biberach gGmbH beteiligt. Die Bürgerheim Biberach gGmbH ist eine 100 %ige Tochter des Hospitals. Der Hospitalrat wird regelmäßig über die wirtschaftliche Lage der Bürgerheim Biberach gGmbH unterrichtet und erhält darüber hinaus Informationen zu Einzelprojekten.

Anstatt des ursprünglich im Wirtschaftsplan 2007 eingeplanten Verlustes in Höhe von 115.561 € konnte die Bürgerheim Biberach gGmbH für das Geschäftsjahr 2007 einen Gewinn in Höhe von 21.051,88 € erzielen. Das verbesserte Ergebnis ist u. a. auf die höhere Auslastung im stationären Bereich und auf realisierte Einsparungen zurückzuführen.

Außerdem ist der Hospital unmittelbar mit einer Einlage in Höhe von 1.025,00 € an der Holzhof Oberschwaben eG beteiligt.

5. Kassenmäßiger Abschluss und Gesamtabchluss

Der Rechnungsabschluss weist eine Ist-Mehreinnahme in Höhe von 5.670.259,46 € aus (Vorjahr: 1.801.246,64 €).

Die Kassenliquidität des Hospitals war während des gesamten Jahres 2007 gewährleistet. Dies wird auch in Zukunft so sein, wenn - wie bisher - die Einnahmesituation stabil bleibt.

Einnahmen:	Restesoll Euro	lfd. Soll Euro	Ist Euro	Rest Euro
Verwaltungshaushalt	394.627,31	6.562.804,50	6.855.117,76	102.314,05
davon KER ¹	394.627,31			102.314,05
Vermögenshaushalt	0,00	5.068.155,87	5.068.155,87	0,00
davon KER	0,00			0,00
SHV ²	21.431.628,37	13.297.877,02	15.118.864,81	19.610.850,58
davon KER	21.431.628,37			19.610.850,58
IME ³		5.670.259,46		5.670.259,46
Gesamt	21.826.255,68	30.599.096,85	27.041.928,44	25.383.424,09

Ausgaben:	Restesoll Euro	lfd. Soll Euro	Ist Euro	Rest Euro
Verwaltungshaushalt	272.794,48	6.562.804,50	6.698.906,46	136.692,52
davon KAR ⁴	242.794,48			126.903,68
Vermögenshaushalt	1.543.591,21	5.068.155,87	5.205.958,12	1.405.788,96
davon KAR	62.433,47			1.143,92
SHV	20.009.869,99	13.297.877,02	9.466.804,40	23.840.942,61
davon KAR	20.009.869,99			23.840.942,61
IME		5.670.259,46	5.670.259,46	
Gesamt	21.826.255,68	30.599.096,85	27.041.928,44	25.383.424,09

¹ KER: Kasseneinnahmereste

² SHV: Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge

³ IME: Ist-Mehreinnahme

⁴ KAR: Kassenausgaberrreste

6. Risikobetrachtung

Auch der Hospital als Stiftung des öffentlichen Rechts ist bei der Wahrnehmung seiner durch den Stiftungszweck definierten Aufgaben unterschiedlichen Risiken unterworfen, die nachfolgend kurz beschrieben werden sollen.

6.1 Originäre Stiftungsaufgaben

Die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen gewinnt politisch immer mehr an Bedeutung und kann auch in Biberach eine steigende Nachfrage verzeichnen. Die für das Jahr 2008/2009 geplante Erweiterung der Kinderkrippe trägt dieser Angebotsnachfrage Rechnung. Eine gute Auslastung scheint mittelfristig gesichert zu sein. Wie sich allerdings langfristig die Geburtenzahlen in Biberach einerseits und das Angebot an privaten Plätzen andererseits entwickeln werden, kann derzeit nicht vorhergesagt werden.

Für die Betreuung von älteren Menschen wird in Anbetracht der demographischen Entwicklung sogar zusätzlicher Bedarf in unterschiedlichen Betreuungsformen bestehen. Mit der geplanten Erweiterung im Pflegeheimbereich um 102 stationär nutzbare Dauerplätze und 15 Tagespflegeplätze sowie der Umwandlung der bestehenden Altenheim- und Pflegeplätze im benachbarten Hochhaus in seniorengerechte betreute Altenwohnungen sind wir daher auf dem richtigen Weg. Allerdings bereitet uns die massive Ausdehnung der Kapazitäten sowohl privater als auch öffentlicher Träger in unmittelbarer Nachbarschaft Sorge im Hinblick auf die Auslastung. Der Wirtschaftsplän für das Jahr 2008 wurde daher vorsorglich bereits korrigiert und weist jetzt einen Verlust von 112.200 € aus (bisher: -41.800 €). Inwiefern die Bürgerheim Biberach gGmbH mittel- bis langfristig mit dem ihr zur Verfügung gestellten Kapital auskommen wird, bleibt abzuwarten.

Der Neubau des Pflegeheims wird einerseits aus konzeptioneller Sicht für die Bürgerheim Biberach gGmbH eine Herausforderung darstellen und gleichzeitig bei der Hospitalstiftung einen finanziellen Kraftakt bedeuten. Die Finanzierung dieser Maßnahme muss im Detail noch festgelegt werden und wird die Stiftung nachhaltig belasten.

Die Angebote des Ochsenhauser Hofes und der Altenhilfefachberatung sind wichtiger Bestandteil der Wohlfahrtspflege des Hospitals und werden sich am Bedarf der Gesellschaft ausrichten müssen.

6.2 Vermögensverwaltung

Aus dem hospitälischen Waldbesitz lassen sich bisher jährlich ordentliche Überschüsse erzielen. Allerdings können wir auf die Witterungsbedingungen und die zu erwartenden Klimaveränderungen keinen Einfluss nehmen. Die Nachfrage nach Holz wird auch von der Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt abhängig sein.

Ob sich positive Ergebnisse aus der Bewirtschaftung des Allgemeinen Grundvermögens erzielen lassen, wird in erster Linie vom Umfang der erforderlichen Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen abhängen. Neben den Verwaltungs- und Wohngebäuden gehören auch der Rote Bau und der Schützenkeller zum hospitälischen Gebäudebestand. Hier sind für die Zukunft Prioritäten festzulegen. Dies ist keine originäre Stiftungsaufgabe und damit müssen Veränderungen in diesem Bereich wirtschaftlich sein.

Die Zinserträge im Rahmen der Geldanlagen sind von den Zins- und Konjunkturentwicklungen an den Finanzmärkten abhängig. Darüber hinaus führen Investitionen, die über die Allgemeine Rücklage finanziert werden, zur Abschmelzung der Geldbestände des Hospitals und verringern somit die Zinserträge des Hospitals. Ordentliche Zinserträge sind jedoch notwendig, um die vielfältigen Aufgaben des Hospitals zu finanzieren.

7. Schlussbetrachtung

Das Rechnungsergebnis des Jahres 2007 beim Hospital ist sehr ordentlich ausgefallen.

Der Verwaltungshaushalt konnte infolge der positiven Einnahmuentwicklung und der geringeren Ausgaben deutlich mehr als geplant an den Vermögenshaushalt zuführen.

Wie in den Vorjahren trugen die erheblichen Mehreinnahmen beim Forstbetrieb zu dem guten Ergebnis bei. Des Weiteren konnte bei der Kinderkrippe und dem Ochsenhauser Hof erneut der Abmangel gegenüber der Planung reduziert werden. Ebenfalls positiv auf das Ergebnis wirkte sich der höhere Überschuss bei der Bewirtschaftung des Allgemeinen Grundvermögens aus.

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts verbesserten sich deutlich aufgrund einer in dieser Höhe nicht geplanten Grundstücksveräußerung. Durch zeitliche Verschiebungen bei der Realisierung von Baumaßnahmen wie dem Neubau des Pflegeheims und der Erneuerung der Heizungsanlage auf dem Bürgerheimareal wurden im Vermögenshaushalt kaum Ausgabemittel in Anspruch genommen. Die Maßnahmen auf dem Bürgerheimareal werden jedoch in den Folgejahren zur Finanzierung anstehen.

Entgegen der geplanten Rücklagenentnahme konnten aufgrund der höheren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt und dem besseren Ergebnis im Vermögenshaushalt der Allgemeinen Rücklage netto rd. 3,9 Mio. € zugeführt werden. Die Allgemeine Rücklage weist zum 31.12.2007 daher einen Stand von rd. 19,8 Mio. € aus.

Mit dieser soliden Finanzausstattung lassen sich die übertragenen Aufgaben des Hospitals weiterhin nachhaltig erfüllen. Aufgrund der in der Vergangenheit solide und vernünftig geführten Hauswirtschaft des Hospitals lassen sich die anstehenden Aufgaben und die in erheblichem Umfang geplanten Investitionen in den nächsten Jahren realisieren.



Leonhardt
Kämmereramt



Wersch
Hospitalverwalter

Haushaltsausgabereise 2007 - Hospital

Haushaltsstelle	VKZ	Bezeichnung	bewilligter HAR 2006	Plan 2007	Sperre: - Üpl.: +	bisher ausgegeben	bewilligter HAR 2007
			€	€	€	€	€
Verwaltungshaushalt							
0000	Hospitalorgane						
	.632000.1	Öffentlichkeitsarbeit	20.000,00	0,00	-4.288,00	0,00	0,00
3210	Archiv						
	.584000.8	Ergänzung, Unterhaltung Archivallen	2.000,00	4.000,00		3.220,99	0,00
4840	Kinderkrippe						
	.632000.0	Öffentlichkeitsarbeit	8.000,00	0,00		211,16	7.788,84
8800	Allgemeines Grundvermögen						
	.500000.8	Gebäudeunterhaltung	0,00	114.500,00	-26.185,00	84.024,40	0,00
	.614000.8	Aufwand für Kleingartenanlagen	0,00	5.000,00		2.296,25	2.000,00
Summe:			30.000,00				9.788,84
Vermögenshaushalt							
0000	Hospitalorgane						
	.935000.3	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	5.000,00		0,00	0,00
4300	Bürgerheim - Altenheim						
	.930000.7	900 Zuführung an Stammkapital	478.246,39	0,00		0,00	478.246,39
	.940000.1	100 Neubau Pflegeheim	872.000,00	2.500.000,00		1.478,80	770.521,20
	.940000.1	900 Gesamtkonzeption Bürgerheimareal	57.870,41	0,00	-16.800,00	0,00	0,00
	.941000.2	100 Heizungsanlage	0,00	60.000,00		0,00	0,00
4301	Bürgerheim - Betreutes Wohnen						
	.941000.5	100 Heizungsanlage	0,00	19.000,00		0,00	0,00
4310	Ochsenhauser Hof						
	.935000.1	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	5.000,00		0,00	3.000,00
4311	Altenhilfefachberatung						
	.940000.7	100 Umbau Büroraum	1.759,84	0,00		1.759,84	0,00
4840	Kinderkrippe						
	.940000.0	900 Neubau Kinderkrippe	21.281,10	80.000,00		24.853,77	76.427,33
	.942000.0	900 Heizungsanlage	0,00	5.000,00		0,00	0,00
	.935000.2	900 Erwerb bewegl. Anlagevermögen	0,00	0,00	1.705,00	254,88	1.450,12
8551	Forstamt						
	.932000.7	100 Erwerb von Grundstücken	0,00	91.000,00		26.910,00	25.000,00
8800	Allgemeines Grundvermögen						
	.932000.1	900 Erwerb von Grundstücken	0,00	40.000,00		333,96	0,00
	.942000.6	100 Heizungsanlage	0,00	18.000,00		0,00	0,00
	.941000.0	900 Umbau Roter Bau	50.000,00	0,00		0,00	50.000,00
Summe:			1.481.157,74				1.404.645,94

Kasseneinnahmereste 2007**Verwaltungshaushalt**

HH-Stelle	Bezeichnung	Betrag
	Hospitalorgane	
1.0000.153000.8	Ersätze	860,75 €
	Finanzverwaltung	
1.0300.261000.4	Säumniszuschläge, Verzugszinsen u. ä.	284,07 €
	Ochsenhauser Hof - Begegnungsstätte für Ältere	
1.4310.153000.6	Ersätze	377,00 €
	Kinderkrippe	
1.4640.110000.2	Elternbeiträge	1.008,50 €
1.4640.168000.9	Ersätze Dritter	12.616,13 €
1.4640.172000.0	Zuschüsse von Gemeinden	31.110,00 €
	Gemeinschaftlicher Forstbetrieb	
1.8552.131000.6	Holzerlöse	2.091,88 €
1.8552.134200.5	Eigenjagdbezirke	40,00 €
1.8552.153100.2	Kostenersätze	1.762,91 €
	Allgemeines Grundvermögen	
1.8800.140000.1	Mieten - Hospital	52.115,90 €
1.8800.144000.3	Pachten - Hospital	47,11 €
	Summe	102.314,05 €

Vermögenshaushalt

HH-Stelle	Bezeichnung	Betrag
Im Vermögenshaushalt sind keine Kasseneinnahmereste entstanden.		

 STADT BIBERACH Rechnungsprüfungsamt 16. Juli 2009		z. Bearb.
		U
		z. Evt.
		z. Str.
z. d. A.	Wahlvors.	z. Kts.
Az.:		B. R.
P. K.:		B. R.

Schlussbericht

Az: 14 10-12/095,51

Über die

örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2007 des Hospitals zum Heiligen Geist Biberach

Verteiler:

- Oberbürgermeister Fettback zur Info
- Erster Bürgermeister Wersch zur Info
- 20

1. Allgemeines

Die Jahresrechnung 2007 des Hospitals wurde am 15. Mai 2008 dem Rechnungsprüfungsamt übergeben. Den Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2007 erhielten wir gleichzeitig mit der Jahresrechnung. Bei der örtlichen Prüfung ist entsprechend § 110 GemO in Verbindung mit der Gemeindeprüfungsordnung vom 14. Juni 1993 mit Änderungen verfahren worden. Gemäß § 110 Abs. 2 hat das Rechnungsprüfungsamt dann vier Monate Zeit die Jahresrechnung zu prüfen. Durch die personelle Situation im Rechnungsprüfungsamt konnte dieser Zeitraum nicht eingehalten werden.

Die abschließende Prüfung der Jahresrechnung erstreckte sich hauptsächlich auf die Abwicklung der Kassenreste, die vollständige Erfassung der Einnahmen und Ausgaben, der Übernahme und Fortschreibung der Geldvermögensbestände sowie der Schulden.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 sind vom Gemeinderat in Stiftungssachen in öffentlicher Sitzung vom 5. März 2007 beschlossen worden. Dieser Beschluss wurde mit Bericht vom 6. März 2007 dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt. Gemäß § 81 Abs. 3 der GemO soll die vom Gemeinderat in Stiftungssachen beschlossene Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegen. Dieser Termin wurde nicht ganz eingehalten. Die weiteren Formvorschriften der GemO für den Erlass der Haushaltssatzung wurden jedoch beachtet.

Das Regierungspräsidium Tübingen hat mit Erlass vom 13. April 2007 gegen den Vollzug der Haushaltssatzung des Hospitals zum Heiligen Geist in Biberach keine Einwendungen erhoben und die erforderliche Genehmigung erteilt. Die Haushaltssatzung wurde am 23. April 2007 öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig erfolgte der Hinweis auf die öffentliche Auslegung bis einschließlich 3. Mai 2007.

Eine Nachtragssatzung wurde für das Jahr 2007 nicht erlassen.

Als Schwerpunktprüfung im Rechnungsjahr 2007 wurde die Abrechnung der Kinderkrippe mit der Firma Boehringer Ingelheim GmbH & Co. KG geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

2. Überörtliche Prüfung

Die überörtliche Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der Stiftung „Der Hospital zum Heiligen Geist“ der Haushaltsjahre 2000 - 2004 wurde in der Zeit vom 1. Dezember 2005 - 16. Februar 2006 durchgeführt. Der Prüfbericht ist mit dem Datum 10. Mai 2006 erstellt worden. Auf die Stellungnahmen der Verwaltung wurde mit Schreiben vom 20. Februar 2007 Regierungspräsidium Tübingen der Abschluss des Prüfungsverfahrens nach § 114 Abs. 5 GemO bestätigt.

Dem Hospitalrat wurde das Prüfungsergebnis am 22.03.2007 bekannt gegeben. Die Unterrichtung des Gemeinderates als oberstes Stiftungsorgan gemäß § 114 Abs. 4 GemO ist am 26.03.2007 erfolgt.

Die überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2002 bis 2005 wurde im April 2006 durchgeführt. Der Abschluss des Prüfungsverfahrens nach § 114 Abs. 5 GemO wurde am 23. Oktober 2006 ebenfalls vom Regierungspräsidium Tübingen bestätigt. Hierüber wurde der Hospitalrat am 16.11.2006 und der Gemeinderat in Stiftungssachen am 11.12.2006 informiert.

3. Erladigung früherer Prüfungsfeststellungen

Alle früheren Prüfungsfeststellungen sind erledigt.

4. Kassenprüfungen

Die Kassengeschäfte des Hospitals werden über die Einheitskasse bei der Stadtkasse abgewickelt. Über die unvermutete Kassenprüfung bei der Stadtkasse am 15. 08. 2007 erging ein gesonderter Bericht. Aus hospitalischer Sicht haben sich keine Feststellungen ergeben.

Die letzte Kassenprüfung beim Forstamt am 01.03.2006 ergab einen zu hohen Kassenbestand. Diese Kasse wird im 2-Jahresrhythmus geprüft.

5. Prüfung der Vermögensbestände und Vorräte

Gemäß § 3 GemPro wird bei der begleitenden Prüfung auf die Inventarisierung der beweglichen Sachen geachtet. Die ordnungsgemäße Führung der Bestandsverzeichnisse wird mit den Zahlstellen überprüft.

Im letzten Prüfbericht wurde darauf hingewiesen, dass seit 1. September 2006 eine neue Dienstanweisung für die Inventarisierung gilt. Da in dieser Dienstanweisung den Ämtern und Einrichtungen bis zum 31. August 2008 Zeit gegeben wird, die Erfassung sämtlicher Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände nachzuholen oder auf einen aktuellen Stand zu bringen, wurde im Rechnungsjahr 2007 auf eine entsprechende Prüfung verzichtet. Nach Ablauf der Frist werden dann allerdings die Inventarverzeichnisse der Ämter und Einrichtungen vom Rechnungsprüfungsamt überprüft.

6. Haushaltsreste

6.1 Haushalts-Einnahme-Reste (HER)

Im Verwaltungshaushalt sind keine HER zulässig und auch nicht gebildet worden. Auch im Vermögenshaushalt ist im Rechnungsjahr 2007 kein HER gebildet worden. Aus der Vorjahresrechnung ist ebenfalls kein HER übernommen worden.

6.2 Haushalts-Ausgabe-Reste (HAR)

6.2.1 Verwaltungshaushalt 2007

Die HAR betragen zum 01.01.2007 30.000 € und zum Ende des Haushaltsjahres 9.788,84 €. Die gebildeten HAR entsprechen den Übertragungsvorschriften. Sie sind insbesondere gebildet worden für

- Öffentlichkeitsarbeit in der Kinderkrippe	7.789 €
- Aufwand für Kleingartenanlagen	2.000 €

6.2.2 Vermögenshaushalt

Die HAR betragen zum 01.01.2007 1.481.157,74 € und zum Ende des Haushaltsjahres 1.404.645,04 €. Zuständig für die Genehmigung der HAR ist das Dezernat II. Der Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital wurde hierüber in der Sitzung am 12.06.2008 informiert. Die gebildeten HAR entsprechen den Übertragungsvorschriften. Sie wurden im Wesentlichen gebildet für

- den Neubau des Pflegeheimes	770.520 €
- die Zuführung zum Stammkapital an die „Bürgerheim Biberach gGmbH“	rd. 478.250 €
- den Neubau der Kinderkrippe	76.430 €
- den Umbau des „Roten Baus“	50.000 €
- den Grundstückserwerb Wald	25.000 €

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

7.1 Verwaltungshaushalt

Planung und Ergebnisse der Sammelnachweise

	Planung	weniger gegenüber Planung
Personalausgaben	859.235 €	67.685,13 €
Bewirtschaftungskosten	213.150 €	22.129,36 €

Echte über- und außerplanmäßige Ausgaben (ohne Planüberschreitungen aus Verrechnungsbuchungen) sind im Rechnungsjahr 2007 in Gesamthöhe von 969.774,18 € angefallen. 127.963,00 € waren davon im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt. Der Restbetrag mit 841.811,18 € entspricht der höheren Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt.

7.2 Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt sind Planüberschreitungen in Höhe von 4.989.561,70 € eingetreten. Hiervon entfielen 4.986.715,70 € auf die wesentlich höhere Zuführung an die allgemeine Rücklage als im Haushaltsplan 2007 ausgewiesen. Den Restbetrag mit 2.846,00 € hat der Hospitalverwalter im Rahmen des Zuständigkeitsverzeichnisses genehmigt.

8. Kassenmäßiger Abschluss der Jahresrechnung

8.1 Kassen-Einnahme-Reste (KER)

Die KER des Verwaltungshaushalts 2007 belaufen sich auf 102.314,05 €. Wesentlicher Anteil an diesen Forderungen haben die Mieten des allgemeinen Grundvermögens mit 52.115,90 € und die Kostenerstattungen von Gemeinden für die Inanspruchnahme der Kinderkrippe in Höhe von 31.110,00 €. Die übrigen Kassenreste sind abgrenzungstechnisch bedingt.

Bei den Holzgeldern haben sich die ausgewiesenen Zahlungsrückstände von ca. 4.200 € zum 01.01.2007 auf ca. 2.100 € verringert. Sie sind inzwischen vollständig eingegangen. Die Zahlungsrückstände bei den Kostenersätzen des gemeinschaftlichen Forstbetriebes betragen 2.265,00 € und waren bis Jahresende 2007 noch nicht vollständig ausgeglichen.

Im Vermögenshaushalt 2007 waren zum 31.12.2007 keine KER ausgewiesen.

Im Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge sind 2007 KER in Höhe von 10.881,03 € (ohne Einzelplan 9, allgemeine Finanzwirtschaft) gebildet worden (Vorjahr 43.458,85 €). Der Rückgang der KER im SHV im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die KER 2006 mit 32.847,64 € bei den Einnahmen für Privatwaldbetreuung ausgeglichen wurden.

8.2 Kassen-Ausgabe-Rest (KAR)

Im Verwaltungshaushalt wurden KAR in Höhe von 126.903,68 € (Vorjahr 242.794,48 €) gebildet. Diese Ausgaben wurden alle Anfang 2008 bezahlt. Im Wesentlichen handelt es sich bei den KAR um Ausgaben für das Archiv (einschließlich Personalkostenanteil) mit 13.969,70 € und für das „Christkindle herablassen“ mit 4.988,49 €. Neben einigen kleineren KAR im Einzelplan 4 (Soziale Sicherung) bilden Ausgabereste für die Stromabrechnung mit 2.998,36 €, der Zuschuss für die „Aktion Essen auf Rädern“ mit 18.516,96 €, so-

ziale Zuschüsse für ältere Bürger mit 2.116,81 € den Hauptanteil der KAR in diesem Einzelplan. Beim gemeinsamen Forstbetrieb reduzierten sich die KAR von 101.194,64 € auf 44.044,55 € (Anteil Stadt am Reinertrag). Das „Allgemeine Grundvermögen“ weist einen KAR mit 21.017,29 € aus, der sich überwiegend aus den Bewirtschaftungskosten (Steuern, Wasser, Heizung, Strom) mit 19.221,50 € und den Geschäftsausgaben mit 1.654,84 € zusammensetzt.

Im Vermögenshaushalt wurden lediglich KAR in Höhe von 1.143,92 € beim Erwerb beweglichen Anlagevermögens gebildet.

Die KAR im Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (98.166,25 €, ohne Einzelplan 9, allgemeine Finanzwirtschaft) betreffen Einbehalte aus Personalaufwendungen (Steuern an das Finanzamt und Beiträge an Krankenkassen von insgesamt 7.377,83 €, Kassenreste bei der Finanzverwaltung von insgesamt 73.720,65 €), Ausgaben für die Privatwaldbetreuung mit 1.267,18 € und die im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Sicherheitseinbehalte in Höhe von 10.707,02 € beim Hochbauamt und 5.093,58 € bei der Kinderkrippe. Mit Ausnahme der KAR für die Sicherheitseinbehalte sind inzwischen alle Reste ausgeglichen.

9. Vermögensrechnung – Rücklagen

9.1 Geldanlagen und Geldanteil an der Einheitskasse

Zum 31.12.2007 wird ein Rücklagenbestand von 19.813.793,32 € ausgewiesen. Der Rücklagenbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.911.715,70 € erhöht. Die Geldanlagen in Form von Wertpapieren und Sparanlagen betrugen zu diesem Zeitpunkt nominal 12.100.000,00 €. Der im April 2001 mit 3.067.751,29 € abgeschlossene Vermögensverwaltungsvertrag hatte zum 31.12.2007 einen Buchwert von 3.570.986,52 €. Somit betragen die Erträge durch diese Geldanlage über den gesamten Anlagezeitraum von 81 Monaten 503.235,23 € oder 74.553,37 € im Durchschnitt pro Jahr (das entspricht rd. 16,40% über den gesamten Anlagezeitraum oder 2,43 % im Durchschnitt pro Jahr).

Zum 01.08.2006 wurde der Vermögensverwaltungsvertrag, der mit der Vermögensmanagement Biberach GmbH abgeschlossen wurde, erstmals angepasst. In diesem Zusammenhang wurde das Anlagekapital auf 3,4 Mio. € erhöht. Auch wurde die Anlagestrategie geändert. Bisher durften max. 30 % des Anlagekapitals in Aktien und weitere max. 30 % in Aktien- und Immobilienfonds angelegt werden. Zukünftig wird der Anteil der risikobehafteten Anlageanteile insgesamt auf max. 30 % begrenzt. Zudem wurde eine Kapitalgarantie von 90 % des Ursprungskapitals vereinbart.

Der durchschnittliche Anteil des Hospitals an der Einheitskasse betrug

im RJ 2001 rd. 1,71 Mio. €
im RJ 2002 rd. 0,67 Mio. €
im RJ 2003 rd. 0,67 Mio. €
im RJ 2004 rd. 1,58 Mio. €
im RJ 2005 rd. 0,98 Mio. €
im RJ 2006 rd. 1,42 Mio. € und
im RJ 2007 rd. 3,45 Mio. €.

Von den Geldanlagen in Form von Wertpapieren, Sparbriefen usw. waren zum Jahresende 2007 rd. 1 Mio. € (Vorjahr 4,3 Mio. €) länger als 2 Jahre angelegt. Die wiederangelegten Zinserträge aus Zuwachssparbüchern wurden richtig verbucht.

Die eigenen Geldanlagen erbrachten 2007 einen durchschnittlichen Zinsertrag von 4,08 %. Die durchschnittliche Umlaufrendite für öffentliche Anleihen betrug im Jahr 2007 ca. 4,25 %. Die Beteiligung des Hospitals an wirtschaftlichen Unternehmen im Jahr 2007 beträgt unverändert 501.025,00 € und ist ausführlich im Beteiligungsbericht (Drucksache 189/2007) dargestellt.

Aus den Geldanlagen der Einheitskasse wurden dem Hospital wiederum ohne Bürgerheim folgende Zinsen berechnet:

Habenzinsen:	140.627,96 €
Solizinsen:	<u>0,00 €</u>
Erstattung von der Einheitskasse:	140.627,96 €

9.2 Schuldenstand

Der Darlehensstand des Hospitals zum 31.12.2007 wurde im Rechenschaftsbericht unter Ziffer 4.2 zutreffend dargestellt.

Darlehenszinsen sind im Rechnungsjahr 2007 in Höhe von 30.304,35 € angefallen. Der durchschnittliche Zinssatz für Darlehen beträgt somit im Rechnungsjahr 2,79 %.

9.3 Anlagenachweis

Die Übersicht über den Stand des Anlagevermögens zum 31.12.2007 beim „Allgemeinen Grundvermögen“ (Wohn- und Geschäftsgebäude) liegt vor. Der Anfangsbestand des Anlagevermögens wurde gegenüber dem Vorjahr auf Grund von Berichtigungen durch 2006 ausgelaufene Abschreibungen um 107.155,71 € auf insgesamt 19.550.192,05€ erhöht. Durch Abgänge im Jahr 2007 i. H. v. 30.251,50 € ergibt sich ein Endstand zum 31.12.2007 mit 19.519.940,55 €.

Die kalkulatorischen Zinsen wurden mit 4,75 % vom ½ Gebäudeanschaffungswert berechnet. Die kalkulatorischen Zinsen wurden zum 01.01.2006 von seither 6,5 % auf 4,75 % gesenkt. Für die Bauausgaben beim „Allgemeinen Grundvermögen“ standen insgesamt noch Haushaltsausgabereste aus Vorjahren von 50.000 € für den Umbau des „Roten Baus“ und Kassenreste aus Vorjahren von 3.991,59 € zur Verfügung. Der HAR „Roter Bau“ wurde wieder in voller Höhe in das nächste Jahr übertragen. Für den Erwerb von Grundstücken ein weiterer HAR mit 25.000 € gebildet. Die HAR zum Jahresende 2007 betragen insgesamt 75.000 €.

Bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen wird auf die bisherigen Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes verwiesen.

Das Anlagevermögen des Bürgerheims verbleibt beim Hospital. Die Bürgerheim Biberach gGmbH bezahlt für die Gebäude Miete. Der Endbestand des Anlagevermögens des Bürgerheimareals beträgt wie im Vorjahr insgesamt 16.158.457,83 €.

Abschreibungen werden beim Bürgerheim insgesamt in Höhe von 316.435,43 € gebucht. Die Verzinsung des Anlagevermögens beträgt beim Bürgerheim 2007 insgesamt 387.795,30 €.

Sowohl für die Abschreibungen als auch für die Verzinsung des Anlagekapitals wurde die Bruttowert-Methode gewählt. Wie schon in den vorangegangenen Schlussbericht erwähnt, sollten daher die jährlichen Auflösungen der Fördermittel nicht abgezogen und dann der Nettowert verbucht, sondern alle Beträge einzeln und in voller Höhe ausgewiesen werden; zumal gemäß § 7 Abs. 2 GemHVO alle Einnahmen und Ausgaben in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen sind. Dies sollte künftig beachtet werden.

Um hier mehr Transparenz zu schaffen, wäre es sinnvoll, bereits im Haushaltsplan die Einnahmen aus Auflösungen der Fördermittel separat und in voller Höhe darzustellen und im Gegenzug die Abschreibungen ebenfalls in voller Höhe einzustellen.

10. Führung und Abschluss der Bücher

Die Jahresrechnung 2007 wurde innerhalb der Frist nach § 95 Abs. 2 GemO aufgestellt. Der Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2007 ist im Juni 2007 fertig gestellt worden.

Die Bücher sind mit Hilfe der Datenverarbeitungsstelle des Zweckverbandes Interkommunale Datenverarbeitung Ulm ordnungsgemäß geführt und abgeschlossen worden.

In dem der Jahresrechnung beigelegten Rechenschaftsbericht ist das Ergebnis der Finanzwirtschaft des Hospitals 2007 richtig dargestellt.

11. Allgemeines Grundvermögen

Das allgemeine Grundvermögen schließt 2007 kameral mit einem Überschuss von 1.261.556,79 € (Vorjahr 274.309,29 €) ab. Hierin enthalten ist der nicht vorhersehbare Verkauf von Gewerbegrundstücken i. H. v. rd. 1,2 Mio. € zum Jahresende 2007. Die Kassenreste bei den Mieteinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr (59.047,25 €) im Rechnungsjahr 2007 weiter auf 52.163,01 € gesunken.

12. Waldwirtschaft

Die stichprobenweise Überprüfung der Holzaufnahmen und -verkäufe ergab keine Feststellungen. Insgesamt wurden im Forstjahr 2007 30.681,32 fm Holz geschlagen. Damit liegt der Einschlag um rd. 4.170 fm Holz über dem Forsteinrichtungsplan 1997 – 2007, der von einer jährlichen Gesamtnutzung von 25.400 fm ausgeht, jedoch rd. 1.100 fm über dem Einschlag 2006. Der Einschlag 2007 durch Sturm mit 5.968,44 fm hat sich gegenüber dem Vorjahr (2.242,9 fm) mehr als verdoppelt. Dagegen sanken die Insekten Schäden mit 4.664,84 fm gegenüber den Vorjahren um weitere rd. 2.936 fm. Die Dürreschäden hielten mit 35,54 fm in etwa das Niveau des Vorjahres mit 32,81 fm.

Der Anteil von Fichtenstammholz am Gesamteinschlag betrug 24.311,25 fm und liegt mit 79 % um 6 % unter dem Vorjahr, Rotbuche mit 4.211,34 fm (rd. 14 %), Sieleiche mit 490,28 fm (rd. 2 %), Japanische Lärche mit 384,74 fm und Gemeine Esche mit 354,69 fm

waren mit je rd. 1 % Anteil weitere größere Einschlagposten. Nicht ins Gewicht fallen die 24 restlichen eingeschlagenen Holzarten mit insgesamt 929,11 fm.

Am Einschlag betrug der Anteil an Laubholz 5.301,32 fm (17,28 %) und der Anteil an Nadelholz 25.380,00 fm (82,72 %).

Aus dem Einschlag 2007 wurden 23.370 fm und aus dem Restbestand aus Vorjahren 1.920 fm, insgesamt 25.290 fm verkauft. So ergibt sich ein unverkaufter Holzbestand zum Jahresende 2007 von 9.460 fm.

Der durchschnittliche Erlös je fm Holz lag im Jahr 2007 bei 63,14 € und damit um 11,04 € über dem durchschnittlichen Erlös 2006 mit 52,10 €.

13. Zusammenfassung

Die Jahresrechnung des Hospitals wurde entsprechend den Vorschriften des § 110 der Gemeindeordnung geprüft.

Die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung sowie die Vermögensverwaltung des Hospitals waren in Ordnung.

Dem Gemeinderat in Stiftungssachen Hospital kann vorgeschlagen werden, das Ergebnis der Jahresrechnung 2007 entsprechend der besonderen Vorlage des Kämmereiamtes festzustellen.

Biberach, den 15. Juli 2009


Bystron

gesehen:


Claudia Pfisterer, Amtsleiterin